

Initiativantrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 25.04.2025)

Titel: **Kein Fortschritt ohne Konflikt – dieser
Koalitionsvertrag ist keine sozialdemokratische
Antwort auf die Krise**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die sächsischen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Antragstext

1 Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 ist politisch klar:
2 Eine Regierungsbildung ohne Beteiligung von Union und SPD ist rechnerisch nicht
3 möglich. Die Vorstellung, die SPD könnte sich dieser Verantwortung einfach
4 entziehen, wäre politisch naiv – und in der gegenwärtigen Situation
5 gesellschaftlich fahrlässig. Wir können in diesem Zusammenhang auch die Bedenken
6 bezüglich einer Ablehnung des vorliegenden Koalitionsvertrags verstehen und
7 nachvollziehen. Viele gesellschaftliche und soziale Bereiche sowie nahezu alle
8 Kommunen sind auf rasche Entscheidungen und das zügige Umsetzen von Maßnahmen
9 sowie die Verabschiedung eines Bundeshaushaltes angewiesen. Auch die Sorge vor
10 einer weiter anwachsenden Stärke von rechtspopulistischen und rechtsnationalen
11 Kräften aufgrund von anhaltender politischer Handlungs- und
12 Gestaltungsunfähigkeit nehmen wir wahr.

13 Doch genauso fahrlässig wäre es, diesen Koalitionsvertrag zur Geschäftsgrundlage
14 sozialdemokratischer Politik zu erklären. Denn was Union und SPD hier gemeinsam
15 vorgelegt haben, ist kein Zukunftsentwurf für ein gerechteres, demokratischeres,
16 solidarisches Morgen. Es ist ein Vertrag der Rückschritte. Ein Signal der
17 Anpassung. Ein Angriff auf jede progressive Politik. Ein Anspruch, den wir als
18 Jusos seit Jahren verteidigen – oft genug auch gegen unsere eigene Partei.

19 **Was dieser Koalitionsvertrag sagt, ist klar:** Migration wird zur Bedrohung
20 erklärt, Armut wird verwaltet statt bekämpft, Arbeit wird flexibilisiert statt
21 fair gemacht, soziale Absicherung wird an Bedingungen geknüpft, als wären wir im
22 Jahr 2003. Die strukturelle Ungleichheit, die diesen Staat durchzieht, wird
23 nicht einmal mehr rhetorisch problematisiert – und die Schuldenbremse wird zum
24 unantastbaren Dogma erhoben.

25 **Was dieser Koalitionsvertrag nicht sagt, ist genauso bezeichnend:** Es fehlt an
26 einer Perspektive für Menschen in prekären Lebenslagen, für Geflüchtete, für
27 junge Menschen, für queere Communities, für Familien ohne Eigentum, für alle,
28 die in diesem Land mehr geben als sie je bekommen haben.

29 Und genau deshalb sagen wir Jusos Sachsen klar und deutlich: **Wir lehnen diesen**
30 **Koalitionsvertrag ab.**

31 **Aus Verantwortung für Demokratie – nicht für Symbolpolitik**

32 Wir müssen den Finger in die Wunde legen und klarstellen: Verantwortung für
33 Demokratie bedeutet nicht einfach, politische Verantwortung ohne klare Linien
34 und Überzeugungen zu übernehmen. Als Jusos sind wir uns einig: Es darf der SPD
35 nicht nur darum gehen, als Teil

36 einer neuzubildenden Regierung zu agieren, sondern vor allem auch darum, aktiv
37 eine politische Agenda zu gestalten, die die sozialen Werte einer solidarischen
38 Gesellschaft widerspiegelt. Es geht nicht nur darum, mitzuregieren, sondern auch
39 darum, die Verantwortung für die sozialdemokratische Vision in der Gesellschaft
40 aufrechtzuerhalten. Doch dieser Koalitionsvertrag, wie er hier vorliegt, ist
41 eine bloße Verwaltung der bestehenden Verhältnisse und keine Gestaltung der
42 Zukunft. Wir können und dürfen uns nicht damit abfinden, dass grundlegende
43 sozialdemokratische Prinzipien wie soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und
44 Solidarität im Namen einer fragwürdigen Konsenspolitik aufgeweicht werden.

45 Denn was dieser Vertrag letztlich zeigt, ist der Versuch, Konflikte zu
46 vermeiden, statt sie anzunehmen. Wer meint, durch eine Politik des kleinsten
47 gemeinsamen Nenners die Gesellschaft zu versöhnen, unterschätzt die
48 tatsächlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen, die das Land
49 durchziehen. Es ist kein Fortschritt, die sozialen Probleme zu ignorieren, nur
50 weil sie unbequem sind. Es ist kein Fortschritt, sich dem rechten Diskurs zu
51 beugen, nur um politischen Frieden zu simulieren. Nein, der politische Erfolg
52 muss in der radikalen Auseinandersetzung mit den bestehenden Ungleichheiten
53 liegen, nicht in der Abwägung zwischen schlechten und weniger schlechten
54 Kompromissen.

55 Eine SPD, die aus Angst vor einem angeblichen „Rechtsrutsch“ rechte Narrative
56 übernimmt, verfehlt ihr Ziel. Der Koalitionsvertrag nimmt Begriffe wie
57 „irreguläre Migration“, „Anreize zum Sozialmissbrauch“ und
58 „Integrationsverweigerung“ auf, als hätte ihn ein Unions-Innenminister mit einem
59 AfD-Schatten im Rücken formuliert.

60 **Damit wird nicht der Rechtsruck gestoppt – er wird diskursiv validiert.** Die
61 Versuche, mit autoritären Maßnahmen wie Abschiebungen nach Syrien und
62 Afghanistan, der Aussetzung des Familiennachzugs, Internierungshaft und
63 Leistungskürzungen verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, sind nicht nur
64 rechtsstaatlich fragwürdig – sie sind politisch katastrophal. Sie bestätigen die
65 Deutung der Rechten: dass Migration das zentrale Problem unserer Gesellschaft
66 sei.

67 Wer Migration als Bedrohung begreift, wer das Bild von „kriminellen Migranten“
68 pflegt, wer mit Abschiebungen und dem Aushungern von Asylrechtsverfahren Politik
69 machen will, gibt grundlegende Prinzipien der sozialen Demokratie auf. Eine
70 solche sozialdemokratische Partei, verabschiedet sich aus der Tradition des
71 Internationalismus und der Solidarität – und macht sich zur Beflüglerin des
72 Rechtsrucks.

73 **Sozialpolitik ohne Würde – das Comeback des Forderns ohne Fördern**

74 Die Rückkehr zum Vermittlungsvorrang, die faktische Wiedereinführung von
75 Vollsanktioierung, die Abschaffung von Schonvermögen, das Framing von
76 Sozialleistungen als Einwanderungsanreiz – all das sind keine
77 Nebensächlichkeiten. Es sind Rückfälle in eine Zeit, in der der Sozialstaat vor
78 allem Kontrollstaat war. Wer Sozialleistungen als Mittel der sozialen Kontrolle
79 begreift und eine Gesellschaft durch Misstrauen und Entwürdigung strukturiert,
80 gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

81 **Wir wollten das Kapitel Hartz IV beenden** – nicht mit neuem Cover, sondern mit
82 neuem Inhalt. Doch dieser Koalitionsvertrag erzählt keine neue Geschichte. Er
83 reproduziert alte Formeln: Arbeit um jeden Preis, Leistung vor Leben, Sanktion
84 statt Unterstützung.

85 Menschen, die auf soziale Sicherheit angewiesen sind, werden erneut mit
86 Misstrauen behandelt, statt als Partner*innen in einem Sozialstaat auf
87 Augenhöhe. Wir fordern einen Sozialstaat, der aktiv Menschen unterstützt und
88 nicht in eine Spirale aus Kontrolle und Stigmatisierung schickt. Das Ziel muss
89 es sein, Menschen zu fördern, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und ihnen die
90 Möglichkeit zu geben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen – und das nicht nur

91 auf dem Papier, sondern auch durch konkrete politische Maßnahmen. Kurz: Was wir
92 brauchen, ist ein Sozialstaat, der qualifiziert, schützt und stärkt – nicht
93 einer, der schikaniert.

94 **Kein Mieter*innenschutz, keine Vermögensbesteuerung – aber ein**
95 **„Deutschlandfonds“**

96 Während Wohnraum unbezahlbar wird und der Mangel an öffentlicher Daseinsvorsorge
97 wächst, bleibt die große sozialpolitische Gerechtigkeitsfrage unbeantwortet: Wer
98 zahlt eigentlich für dieses Land? Die Antwort dieses Koalitionsvertrags ist
99 erschütternd klar: nicht die Reichen. Der Koalitionsvertrag versäumt es,
100 reiche Erben und Konzerne zur Verantwortung zu ziehen, indem er eine
101 Vermögenssteuer und echte Maßnahmen gegen die Steuerflucht der Reichen
102 ausblendet.

103 Stattdessen: eine Kommission, ein Fonds, ein Prüfauftrag. Symbolpolitik statt
104 Substanz. Wer die soziale Frage nicht stellt, darf sich nicht wundern, wenn sie
105 von rechts beantwortet wird. Wer eine gerechtere Gesellschaft anstrebt, muss
106 sich der Vermögensverteilung stellen und den Reichen mehr zur Verantwortung
107 ziehen. Das können wir nicht einfach hinnehmen.

108 **Klimapolitik mit angezogener Handbremse**

109 Auch in der Klimapolitik verpasst die Koalition ihre Chance. Statt
110 entschlossener Investitionen in öffentliche Infrastruktur, soziale
111 Klimagerechtigkeit und eine Abkehr von fossilen Abhängigkeiten erleben wir
112 Rückschritte: CCS-Technologien, Gasförderung, verlängerte Laufzeiten,
113 technologieoffenes Lavieren – aber keine klare Linie für eine ökologische
114 Transformation mit sozialen Garantien. Klimaschutz wird zur Standortpolitik
115 degradiert – und soziale Gerechtigkeit zum Nachsatz.

116 **Wir sind nicht alternativlos**

117 Ja, die Mehrheitsverhältnisse nach dem 23. Februar sind schwierig. Aber
118 „schwierig“ ist kein Freifahrtsschein für inhaltliche Selbstaufgabe. Es ist
119 Aufgabe der SPD, nicht nur mitzuregieren, sondern zu gestalten. Und wenn das mit
120 der Union nicht geht, dann muss man den Konflikt austragen – nicht die roten
121 Linien abräumen.

122 **Wir akzeptieren nicht die Erzählung, dass es „nun mal nicht anders geht“.** Wenn
123 der Preis für Regierungsbildung das Aufgeben unserer Grundsätze ist, dann ist es
124 unsere Aufgabe als Jusos, genau diesen Preis nicht zu bezahlen. Politische

125 Verantwortung heißt auch: Nein sagen können.

126 Wir werden weiterkämpfen. Wir sind nicht die Erben der Politik des kleinsten
127 gemeinsamen Nenners. Wir sind die Generation, die die Konflikte nicht scheut,
128 sondern sie aktiv und

129 konstruktiv austrägt. Unser Ziel ist klar: eine sozialere, gerechtere,
130 solidarische und demokratische Gesellschaft.

131 **Unsere Position**

132 Wir als Jusos Sachsen sagen deshalb:

133 ? Wir lehnen den Koalitionsvertrag in seiner vorliegenden Form ab.
134 ? Wir fordern Nachverhandlungen in den Bereichen Asyl & Migration, Soziales und
135 Arbeit.
136 ? Wir rufen alle Mitglieder der SPD dazu auf, beim Mitgliederentscheid mit Nein
137 zu stimmen.
138 ? Und wir sagen deutlich: Egal wie die Abstimmung ausgeht – auf uns ist zu
139 zählen.

140 Wir sind nicht der Jugendflügel einer Großen Koalition. Wir sind der
141 demokratisch-sozialistische Motor einer Partei, die sich selbst nicht aufgeben
142 darf.

143 Wenn Morgen wirklich uns gehören soll, dann müssen wir heute anfangen, für
144 dieses Morgen zu kämpfen!

Begründung

Erfolgt mündlich.